

**23.02.10**

**Gesetzesantrag**  
der Länder Rheinland-Pfalz,  
Sachsen-Anhalt

---

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Täterverantwortung**

Der Ministerpräsident  
des Landes Rheinland-Pfalz

Mainz, den 23. Februar 2010

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Bürgermeister  
Jens Böhrnsen  
Präsident des Senats der  
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Regierungen der Länder Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben beschlossen, dem Bundesrat den

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Täterverantwortung

mit dem Antrag zuzuleiten, dass der Bundesrat diesen erneut gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG im Bundestag einbringen möge.

Der Gesetzentwurf entspricht der vom Bundesrat in seiner 845. Sitzung am 13. Juni 2008 beschlossenen Fassung in Drucksache 314/08 (Beschluss). Von einer erneuten Beifügung der Vorlage wird daher abgesehen.

Ich bitte Sie, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf im Bundesrat mit sofortiger Sachentscheidung in der Bundesratssitzung am 5. März 2010 herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Beck